

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

Für die Zukunft wirtschaften: die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie

Evangelische Kommentare: Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1985) : Für die Zukunft wirtschaften: die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie, Evangelische Kommentare: Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, ISSN 0300-4236, Kreuz-Verlag, Stuttgart, Vol. 18, Iss. 4, pp. 189-192

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112077>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Udo Ernst Simonis

Für die Zukunft wirtschaften

Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie

Ökologie bedeutet inhaltlich die Lehre vom notwendigen und möglichen Frieden des Menschen mit der Natur (C. F. v. Weizsäcker). Ökonomie ist zunächst einmal Unfrieden mit der Natur: Die Natur wird durch Verarbeitung von Rohstoffen zu Produkten genutzt, und sie wird – umgekehrt – durch Schadstoffe und Abfälle der Produktion belastet. Zwei Prozesse also, die die Natur als Verlierer zurücklassen: Sie tauscht natürliche Rohstoffe gegen produzierte Schadstoffe ein. Dabei ist die Natur neben Arbeit und Kapital (bestenfalls) ein stummer, doch in des Wortes echter Bedeutung ein ausgebeuteter, dritter Produktionsfaktor. Wie kann man die Stellung der Natur gegenüber der Ökonomie verbessern – ihr Rechte gewähren und Schutz verleihen?

Es gäbe sicherlich nur einen Bruchteil der Umweltprobleme, wenn die ökonomischen Zusammenhänge so klein und überschaubar (geblieben) wären, daß Produzenten und Konsumenten die Konsequenzen ihrer eigenen Natur-Abnutzung oder Natur-Belastung erkennen und spüren würden – oder anders ausgedrückt: wenn die betriebliche Rentabilität, das Wachstum der Volkswirtschaft und die Expansion auf Weltmärkten nicht (immer wieder) dadurch garantiert und gesteigert werden könnten, daß man einen Teil der entstehenden Kosten nach außen verlagerte. Dies ist die alte, aber stets neue, weil ungelöste Frage der externen Effekte der Produktion.

Der Prozeß der ökonomisch-technischen Entwicklung ist mit negativen Externalitäten verbunden, der Verlagerung von Kosten auf Dritte oder die Gesellschaft, auf zukünftige Generationen, auf die Natur. Beim Umweltproblem sind diese Einzelkomponenten externer Effekte miteinander verknüpft. Es ist in diesem Sinne die Inkarnation der Problemhaftigkeit der industriewirtschaftlichen Produktion – und damit vielleicht tatsächlich, wie K. Meyer-Abich meint, die größte Herausforderung und Bewährungsprobe für den Staat, vergleichbar nur der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts.

Nehmen wir die Belastung des »Ökosystems Wald« als jüngstes Beispiel der öffentlichen Umweltdiskussion. Es zeigt die Verlagerung eines Teils der Kosten der Produktion (nicht ausreichend reduzierte Luftschadstoffe) auf die nur begrenzt resi-

stente Natur: der Wald stirbt. Es zeigt ferner die Verlagerung von Kosten auf die folgenden Generationen: waldlose Zukunft oder nur langfristig mögliche Wiedergewinnung der Reproduktionsfähigkeit des Waldes.

Es zeigt schließlich die Verlagerung von Kosten auf Dritte (teilweise Enteignung der Waldbesitzer) und die Gesellschaft in dem Sinne, daß betrieblich-technische Entscheidungen individueller Verursacher (Kraftwerks-, Verkehrsemitenten, Schadstoffexporteure) das gesellschaftliche Wohlbefinden und letztlich die physische Gesundheit der Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen.

In bezug auf das »Ökosystem Wald« rechnet das ökonomische System also offenbar falsch: Sowohl das betriebswirtschaftliche als auch das volkswirtschaftliche Rechnungswesen enthält keine oder keine ausreichenden Indikatoren, die eine vom ökologischen System nicht mehr verkraftbare Schadstoffbelastung verhindern. Das traditionelle Rechnungswesen weist sowohl für die Energiegewinnung, bei den Automobilherstellern und den Schadstoffexporteuren positive Salden auf, obwohl das ökologische System Wald nachweislich wegen der Schadstoffentstehung in diesen Wirtschaftsbereichen erheblich und teils unwiderruflich geschädigt wird. Verlust hier, Gewinn dort, ein Ausgleich findet nicht statt und ist auch eigentlich nicht vorgesehen.

Rechnen ohne den Wirt

Das ökonomische Rechnungswesen ist in einer zweiten Weise defizitär, in dem Sinne, daß ihm die für ein ökologisches System typischen Schwellenwert-Phänomene fremd sind. Die Regenerationskraft eines natürlichen Systems geht verloren, wenn bestimmte Grenzen der Belastbarkeit überschritten sind. Es kann sozusagen zwischen guten und schlechten Prozessen unterscheiden. Diese Qualität geht dem ökonomischen Rechnungswesen (bisher) ab; jede ausgegebene Mark, egal von wem für was getätigt, wird positiv verbucht. Es weist selbst dann noch Erfolge aus, wenn bereits große Teile des Produktionswertes nur zur Erhaltung des Status quo aufgewendet werden müssen.

Eine der anstehenden Aufgaben ist damit leicht beschreibbar: Möglichst weitreichende »Internalisierung der externen Effekte«, das heißt Rückverlage-

rung der Kosten in die verursachende Wirtschaftseinheit und die Einbindung der »ökologischen Komponente« in betriebswirtschaftliche Investitionsentscheidungen. Zweifellos ist die Verringerung der externen Effekte der Produktion auf Gesellschaft, Natur und künftige Generationen ein wichtiges strategisches Element zur Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie. Bei (Wieder-)Herstellung überschaubarer ökonomischer Kreisläufe wären ökologische Krisenfälle wie Minamata, Seveso, Georgswerder oder Bhopal nicht möglich gewesen und nicht wiederholbar. Nur: Ist dies wahrscheinlich?

Abnahme des Naturkapitals

Wirtschaften als Kreislaufprozeß zu begreifen, als *Recycling* im umfassenden Sinne, hieße systematische Verringerung des Einsatzes nicht erneuerbarer Rohstoffe und der Entstehung nicht abbaufähiger Abfälle – und widerspricht damit einer auf schnellen Durchsatz angelegten Wirtschaft. *Recycling* ist erst ansatzweise (Altglas, Altpapier, Altreifen, Bleiakumulatoren) wieder zu einer systematischen ökonomischen Tätigkeit geworden. Die Abkehr von der bloßen Abfallbeseitigung zur integrierten Abfallwirtschaft ist bisher nicht vollzogen. Das liegt teilweise sicherlich daran, daß viele Abfallstoffe nicht oder nur mit großem Aufwand recycelbar sind.

Das liegt zum Teil aber lediglich daran, daß die richtigen Preis- und Kostensignale noch immer nicht gesetzt sind: Müllvermeidung und Energieeinsparung werden noch nicht ausreichend begünstigt, ja, vielfach sogar finanziell bestraft. Es liegt zum Teil aber auch an den strukturellen Mängeln des herkömmlichen Rechnungswesens, das hinreichende Kriterien für die Messung von natürlichen Substanzverlusten nicht kennt, so daß man »zunehmendes monetäres Einkommen« gegen »abnehmendes reales Naturkapital« eintauscht.

Weil beispielsweise die ökologischen Verluste durch Luft- und Wasserverschmutzung (wie Artenrückgang, Verlust an genetischer Vielfalt) nicht bei denen als Kosten erscheinen und erhoben werden, die sie verursachen, werden sie nicht behoben, sondern nur erlitten. Weil die Unfallkosten des Automobils nicht beim Hersteller sondern beim Nutzer oder der Allgemeinheit erhoben werden, hat die Unfallminderung nur relativ geringe Priorität. Würden die Waldschäden von den Waldbesitzern teilweise bei den Automobilherstellern eingeklagt, träte die Automobilindustrie sicherlich längst für ein Tempolimit ein.

Unfallfolgen oder Waldschäden sind relativ verständlich kalkulierbar, wenn und in dem Maße, wie es um Kategorien wie Einkommen, Kapital geht, für die akzeptierte Konventionen entwickelt sind. Schädiger und Geschädigte sind bekannt und leicht feststellbar. Eine Änderung des Schadensersatzrechtes würde in diesen Fällen weitreichende ökologisch posi-

tive Wirkungen haben können. Schwieriger ist es, wenn es um ökologisch komplexe und langfristig relevante Effekte geht, wie externe Effekte auf Natur und künftige Generationen. Hier hilft wahrscheinlich nur ein neuer kategorischer ökologischer Imperativ weiter: »Handle so, daß die Überlebensinteressen aller heutigen und zukünftigen ökologischen Systeme hinreichend gewährleistet sind!« (G. Altner).

Neben dem genannten umfassenden Kreislaufprinzip ist ein zweites ökologisches Prinzip in der modernen Industriegesellschaft nicht mehr gewährleistet: das der Nachhaltigkeit der Ressourcennutzung oder der Verhinderung des Substanzverzehr. Waldbesitzer haben sich lange erfolgreich danach gerichtet, »nicht mehr Holz zu schlagen als nachwächst«. Dieses Prinzip ist jedoch erodiert: Extern produzierter »saurer Regen« macht intern betriebene Substanzerhaltung zunichte. Die Nachhaltigkeit des privaten »Wald-Kapitals« wird durch indirekte Enteignung in Form des öffentlich erlebten »Wald-Sterbens« ersetzt. Die Natur wehrt sich durch Tod. Wie aber wehrt sich die Gesellschaft?

Es gälte ein anderes Prinzip zu beleben oder von anderen Gesellschaften zu übernehmen: das der Verantwortung und Haftung. In bezug auf das Umweltproblem ist das Rechtswesen und damit das wirtschaftliche Verhalten geprägt vom Nachweis der Kausalität: Für Schäden haftet der Schädiger, dem der Geschädigte die Verursachung nachweisen kann. In anderen Ländern gilt jedoch das Recht der »Umkehr der Beweislast«: Es genügt die statistische Wahrscheinlichkeit, um umweltverschmutzende Unternehmen gesamtschuldnerisch zum Schadenersatz zu verpflichten!

Anlaß zur Selbstregulierung

Dieses Prinzip hat in Japan die Umweltqualität nicht unwesentlich im Sinne der ökologischen Selbstregulierung der Wirtschaft verbessert, den Präventionsgedanken im Umweltschutz gestärkt und die technische Lösung von Umweltproblemen beispielhaft vom nachträglichen Einbau von Filtern zu neuartigen emissionsarmen Lösungen verlagert. Die konkrete Ausgestaltung des Haftungsprinzips kann in vielfältiger Weise erfolgen: unter anderem durch generelle Umwelthaftung, kooperative Altlastenfonds, Risiko-Fonds oder automatische öffentliche Emissionsanzeige.

Fazit: Die Umweltprobleme sind nicht nur eine Folge der etablierten Wirtschaftsstrukturen, der prekären Abhängigkeit der Wirtschaft von nicht erneuerbaren Rohstoffen und der Herstellung nicht abbaufähiger Abfallstoffe, sie ist auch die Folge einer sozialen Innovationsschwäche in bezug auf die Anwendung von oder Anlehnung an ökologische Prinzipien, das heißt des Defizits an geeigneten Selbststeuerungsmechanismen im unternehmerischen Entscheidungsbereich. Darüber hinaus steht

aber auch die ökologische Modernisierung der Wirtschaftspolitik zur Debatte.

Die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer ist konzeptionell von zwei Grundpositionen (mit unterschiedlichen Schattierungen) geprägt: einerseits der Neoklassik – im wesentlichen Marktpolitik – und andererseits des Keynesianismus, das heißt im wesentlichen aktive Steuerung des Niveaus der Wirtschaftstätigkeit.

Beide Steuerungskonzepte sind vom Ansatz her – ein Phänomen für sich – sehr alt: das eine fast zweihundert, das andere inzwischen fünfzig Jahre. Beide haben – ohne daß ich dies hier an dieser Stelle näher belegen kann – angesichts der vorliegenden ökonomischen und ökologischen Problemkonstellation ihre je spezifischen Schwächen. Beiden Steuerungskonzepten gemeinsam ist eine hohe Präferenz für quantitatives Wachstum – betrieblich, volkswirtschaftlich, weltwirtschaftlich; beiden fehlt es dagegen an Sensibilität in bezug auf das Umweltproblem. Ja, man könnte sagen, dies sei geradezu die zentrale Schwäche dieser traditionellen wirtschaftspolitischen Konzepte.

Die Kritik an diesen Grundpositionen hat sich entfaltet, weil die praktizierte Wirtschaftspolitik beschäftigungsloses Wachstum nicht verhindert und umweltverträgliches Wachstum nicht garantiert hat. Wirtschaftswachstum wird in den engen Grenzen des Güter- und Einkommenskreislaufs bestimmt, der ökologische Stoffkreislauf bleibt dabei ausgeblendet.

Wirtschaftswachstum ist definiert als Zunahme von Strömungsgrößen, ausgeblendet bleiben deren Auswirkungen auf Umfang und Qualität ökologischer Bestandsgrößen. Schließlich ist das traditionelle Wachstumskonzept einschichtig. Im Bruttosozialprodukt werden alle monetären Aktivitäten aufaddiert, unabhängig davon, welche Funktion diese Aktivitäten erfüllen. Es umfaßt zunehmend mehr Ausgaben, die als solche nicht positiv zu bewerten sind, sondern die allein wegen der (notwendigen) Kompensation von Schäden entstehen, die zuvor vom Wirtschaftsprozess erzeugt wurden.

Die Qualifizierung der traditionellen wirtschaftspolitischen Zielindikatoren müßte daher eigentlich auf der Tagesordnung stehen. Sie kann methodisch in unterschiedlicher Weise und Reichweite erfolgen: von der systematischen Ermittlung der kompensatorischen Ausgaben über kombinierte Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungs-Indikatoren bis zu einem integrierten System von ökonomischen, sozialen und ökologischen Indikatoren.

Was die zweite genannte Aufgabe angeht, so ist die Frage der Verankerung des Umweltziels im Grundgesetz und in den Länderverfassungen diskutiert und länderweise auch durchgeführt worden; offen ist, wie gewährleistet werden kann, daß dies

kein Papiertiger wird. Nicht andiskutiert ist dagegen die Frage, auf welche Weise und mit welcher Konsequenz das Ziel »Umweltstabilität« in den Zielkatalog der staatlichen Wirtschaftspolitik (neues Stabilitätsgesetz) aufgenommen und wie die »Kontrolle von rohstoffverschwendenden und umweltbelastenden Unternehmen« zur Aufgabe der Kartellbehörde (neues Kartellgesetz) gemacht werden könnte. Die ökologische Anpassung dieser beiden wichtigen gesetzlichen Grundlagen der staatlichen Wirtschaftspolitik ist längst überfällig.

Die traditionelle Wirtschaftspolitik kennt im wesentlichen nur zwei Instrumentenkästen: Geldpolitik und Finanzpolitik. Unter ökologischen

Wie kann der bislang geltende Widerspruch zwischen einer am Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik und dem Umweltschutz gelöst werden? Professor Dr. Udo Ernst Simonis, Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin, macht Vorschläge zu einer Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie.

Gesichtspunkten sind globale Zins- und Steuerpolitik allein nicht zielführend – mit Ausnahmen: Wenn die Lohnsteuer ganz oder teilweise abgeschafft und eine aufkommenneutrale Energie- und Ressourcensteuer eingeführt würde, hätte dies einen positiven Umwelteffekt.

Selbst eine graduelle entsprechende Reform des Steuerrechts wäre ein Schritt nach vorn. Die Schaffung eines umweltorientierten Steuer- und Finanzsystems hieße: Abbau aller Mechanismen, die den Umweltverbrauch forcieren und Aufbau von Mechanismen, die ihn reduzieren. Dies schließt verschiedene Detailvorschläge ein, die teilweise bereits diskutiert werden, wie beispielsweise (nach der Höhe der Folgekosten gestaffelt) die Produktsteuer, die Verpackungssteuer, einzelne Schadstoffabgaben oder Emissionssteuern (Schwefelabgabe, Abgassteuer, Lärmabgabe), Umweltkreditgarantien, Umweltanleihen oder die Einrichtung zinsloser(-günstiger) Kredite für ökologische Pilotprojekte (Öko-Banken).

Eine ökologie-orientierte Steuerung des ökonomischen Systems bedarf schließlich und letztlich der institutionellen Fundierung – und das heißt: vorhandene Institutionen umpolen, veraltete aufgeben und neue schaffen. Hierbei geht es nicht notwendigerweise um die alte Kontroverse »mehr Markt oder mehr Staat«. Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie verlangt allerdings – um im Bild zu bleiben – einen besseren Markt und einen besseren Staat.

Umweltprobleme respektieren in der Regel weder die privaten Eigentums Grenzen noch die staatlichen Landesgrenzen, und Umweltschutz tan-

giert die etablierten Zuständigkeiten nationaler und supra-nationaler Institutionen. Weder eine privatrechtliche noch eine nationalstaatliche Alleinkompetenz (Privatisierung der Umwelt im Gegensatz zu Umwelt als staatliches Gut) kann daher eine angemessene Antwort auf die vorhandenen und die zu erwartenden Umweltbelastungen sein.

Eine strukturelle Anpassung der Institutionen ist nötig, eine ökologische Reform relevanter Gesetze und Verordnungen muß zu einer systematischen Aufgabe gemacht, eine Umweltaußenpolitik (in Europa, aber auch im Nord-Süd-Kontext) muß entwickelt werden. Die öffentlichen Behörden müßten allgemein mit gutem Beispiel vorangehen, sich selber stärker in die »ökologische Pflicht« nehmen. Ohne zunehmendes ökologisches Wissen aller Institutionen und ohne breite gesellschaftliche Unterstützung werden Umweltprobleme meist nur nachträglich und partiell behandelt, nicht aber vorausschauend verhindert und systematisch gelöst.

Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie ist, nach allem was oben gesagt wurde, eine gewaltige intellektuelle und praktisch-politische Aufgabe. Wenn sie gelingen soll, muß ein wichtiger Bereich unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit – die Ökonomie und die sie steuernde Wirtschaftspolitik – inhaltlich erneuert und wissenschaftsmethodisch erweitert werden. Eine Anleihe der Ökonomie an der Ökologie liegt nahe.

Einige Beispiele der Anwendung oder Nachahmung ökologischer Regelmechanismen wurden aufgezeigt. Sie eröffnen – so denke ich – eine Fülle von Möglichkeiten, das ökonomische System umweltverträglicher zu machen. In der ökologischen Orientierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik liegt zugleich (und: schließlich) die einzige Chance, die Interessen von Mensch und Natur in Übereinstimmung zu bringen, das heißt beiden langfristigen Wohlstand in des Wortes echter Bedeutung zu garantieren.